Nr 100. Mittwoch, 10. April.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Dr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXIII. Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, 1878.

Politisches.

Noch hat der Friedensglaube, wie er sich allenthalben kundgiebt, keinen festen greifbaren Untergrund; aber daß überhaupt der Glaube an den Frieden wieder Wurzel fassen konnte, ist an sich ein glückliches Symptom. Daneben gehen freilich allerhand Meldungen gegentheiliger Natur einher, die man unmöglich übersehen darf. Ein besonderes interessantes Beobachtungsfeld in dieser Richtung bieten Konstantinopel und die Bosporusufer dar. Für den Kriegsfall ist es natürlich von höchster Bedeutung, welche Macht die den Bosporus beherrschende Stellung besitzt. Die Russen verlangen eine Anzahl Küstenorte und Häfen unter dem Vorwande, von dort ihre Truppen nach der Heimath einschiffen zu wollen. Die Türkei weigert sich offenbar schon aus Selbsterhaltungstrieb und sicherlich auch von England dazu aufgemuntert, diese Häfen den Russen einzuräumen und den kaum geschlossenen Vertrag von Stefano zu verletzen. Die Türkei gebietet augenblicklich in und um Konstantinopel noch über 150,000 Mann Soldaten. Was über die Einschiffung russischer Truppen nach Odessa verlautet, ist nur mit Vorsicht aufzunehmen. Allerdings treten Hunderte von russischen Kriegern den Heimmarsch an, aber es sind nur Kranke und Marode, zu deren genüglicher Pflege es in der Fremde an Hilfsmitteln fehlt. Die russische Presse dringt in heftigen Auslassungen darauf, nicht viel Federlesens zu machen, sondern von den Dardanellen und dem Bosporus rasch Besitz zu ergreifen. Doch hat Fürst Gortschakoff, um der Abneigung, welche die russische Politik allenthalben in Europa findet, ein kleines Zugeständniß zu gewähren, den kriegswuthigsten der russischen Zeitungen einen Maulkorb anlegen lassen und sie zu ruhigerer Sprache ermahnt. Auch läßt er, ebenfalls um den Zorn Europa's über die nichtswürdige Behandlung der Rumänen zu beschwichtigen, erklären, daß der rumänische Gesandte in Petersburg, Fürst Ghika, die Gortschakoff'schen Brutalitäten gänzlich mißverstanden habe. Sehr bequem das! Rumänien traut aber den Russen nicht mehr und statt der Zumuthung, das rumänische Heer solle doch sobald wie möglich auf Friedensfuß gesetzt und wieder „zu Weib, Schwein und Mamaliga (Welschkornbrei) entlassen werden", will Fürst Karl es eher auf ungarisches Gebiet überführen, um es gegebenen Falles zu kriegerischen Thaten zurückzugeleiten.

Die letzten Wahlen zu der französischen Deputirtenkammer sind, wie vorauszusehen, abermals überwältigend republikanisch ausgefallen. Die Kammern haben sich bis zum Ende des Monats vertagt, da ein großer Theil der Abgeordneten zugleich den Generalräthen (Provinziallandtagen) angehört, die jetzt ihre Sitzungen halten. Die letzten Wochen der Deputirtenkammer waren mit allerhand Parteigezänk ausgefüllt. Seltsam ist es, daß die Republik, obwohl sie nunmehr fest gegründet erscheint, über alle Staatsgewalten verfügt und jede Neuwahl nur ausgesprochene Republikaner den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften zuführt, in nervöses Zittern geräth, sobald irgend eine der monarchischen Parteien kundgiebt, daß sie noch nicht gestorben ist. Und doch macht die Republik von ihren Machtmitteln einen ebenso schrankenlosen, kein Einzelrecht, keine Gemeindefreiheit respectirenden Gebrauch, wie dies seiner Zeit das Kaiserthum oder Mac Mahonnat gethan. In diesem Punkte gleichen sich alle französischen Regierungen, sie mögen heißen wie immer; sie zermalmen schonungslos ihre politischen Gegner, soweit es angeht. Der Großsiegelbewahrer Dufaure rühmte sich neulich, er habe bis jetzt 600 Friedensrichter „niedergemäht", d. h. abgesetzt; die Republikaner sind aber mit diesen Hekatomben, noch nicht zufrieden, sondern verlangen, er solle noch weitere Hunderte von antirepublikanischen Beamten „abraupen." Er setzte vor Kurzem einen Generaladvokaten am Pariser Cassationshof blos deshalb ab, weil dieser sich als oppositioneller Candidat zur Deputirtenkammer hatte aufstellen lassen. Dufaure erklärte, so verlange es das öffentliche Interesse; die Regierung könne einen Beamten, der sie angreife, nicht in seinen Functionen belassen. Der Minister des Innern hat neulich aus einem Gemeinderathe, der aus 9 Bonapartisten und 3 Republikanern bestand, den Bürgermeister nicht, wie es in der Ordnung war, aus der Mehrheit entnommen, sondern gegen den Willen der Gemeinde, aus der republikanischen Minderheit. Er rechtfertigte dann dieses eigenthümliche Verfahren damit, man könne trotz der Wahlfreiheit der Gemeinden es nicht der Regierung zumuthen, einen Gegner als Bürgermeister einzusetzen. Als früher das Kaiserreich und Mac Mahon sich solche Willkürlichkeiten erlaubten, heulte die ganze republikanische Presse zornig auf über diese Brutalisirung der Gemeinden und der einzelnen Bürger. Wie aber figura zeigt, sind die Faustpräfekten der Republik nicht um ein Haar besser als ihre viel verlästerten Amtsvorgänger.

Der deutsche Reichstag hat den Nachtrags-Etat abgesetzt, in welchem für die Errichtung eines neuen „Reichsschatzamtes" 38,000 Mark verlangt worden waren. Wie unklar der Wirkungskreis dieser neuen Behörde, die sich, Gott weiß warum? auf einmal nöthig gemacht haben soll, sein wird, wolle man in der Rede des Abg. v. Schorlemer unter „Tagesgesch." nachlesen. Es ist dies wieder einmal so ein Geschwindschuß, wie Fürst Bismarck sie liebt. Selbst aber den zahmsten Nationalliberalen war die Unklarheit der künftigen Stellung dieser neuen Behörde so groß, daß sie wenigstens einige nähere Auskunft hierüber verlangten. Auffällig war es, daß weder der Fürst Bismarck noch der neue Finanzminister Hobrecht in der Sitzung anwesend waren, in welcher eine für sie so wichtige Behörde geschaffen werden sollte. In der Debatte hierüber wurden die großen Steuerreformpläne, mit denen sich Fürst Bismarck trägt, vielfach erwähnt. Von mehreren Seiten sprach man unumwunden aus, daß die vielbesprochene Steuerreform schließlich nur zu einer außerordentlichen Vermehrung der Steuerlast und nebenbei auch zu einer Schmälerung der Geldbewilligungsrechte des Reichstages führen wird. Ueber dieses „Finanz- und Wirthschaftsprogramm" des Reichs'anzlers dringen allmälig Einzelnheiten an die Oeffentlichkeit, die das größte Erstaunen hervorrufen müssen. Außer der Einführung des Monopols auf Tabak plant Fürst Bismarck, den Zucker zu monopolisiren. Das hieße der Zuckerindustrie dasselbe Schicksal bereiten wie der Tabaksindustrie. Ferner sollen neue Zölle auf Verzehrungsartikel, wie Vieh und Getreide, eingeführt, die Zölle auf Petroleum und dergleichen erhöht werden. Weiter findet sich die Verwirklichung des Reichseisenbahnprojectes und ein autonomer deutscher Schutzzolltarif unter den Projecten des Kanzlers. Nun sind wir der Meinung: jede heilsame, im Interesse des Volkes liegende Maßregel muß ein Parlament unbedingt der Regierung bewilligen, die Regierung mag heißen wie sie wolle. Ebenso wie man eine Regierung tadeln würde, die einer oppositionell gesinnten Gegend zur Strafe dafür eine Landstraße, Eisenbahn oder ähnliche Anlagen vorenthielte, ebenso verdiente ein Parlament gerechten Tadel, wollte es aus politischen oder anderen Gründen eine Regierung bei Plänen nicht unterstützen, welche der Allgemeinheit zu Gute kommen. Darum erwarten wir, daß der Reichstag den Fürsten Bismarck in alle Dem beisteht, was zur Herbeiführung gemäßigter Schutzzölle und damit zur Aufbesserung der darniederliegenden deutschen Industrie dient. Selbst politische Gegner Bismarck's haben im höheren Interesse, dem des ganzen arbeitenden Volkes, hierin dem Kanzler alle Hilfe zu leisten. Eine rein sachliche Prüfung seiner Projecte ist also unvermeidliche, ist erste Pflicht. Führt diese Untersuchung jedoch dahin, daß andere Theile des Wirthschaftsprogramms Bismarck's — wenn auch gegen seinen Willen — zu einer Schädigung des Volkswohlstandes und zu einer Mehrbesteuerung des Volkes führen, so würde sich jeder Abgeordnete einer schweren Versäumniß schuldig machen, wollte er diese Theile fördern. Dahin rechnen wir die Monopole auf Zucker und Tabak, neue Vieh- und Getreidezölle, erhöhten Petroleumzoll, endlich das Reichseisenbahnproject. Hier ist nur ein festes, unerschütterliches Nein! am Platze. Auch die Vorbereitungsmaßregeln dazu, z. B. die Tabakenquête, wornach Commissare die Berechtigung erhalten sollen, sich behufs Feststellung der Tabakspreise von den Gewerbtreibenden die Geschäftsbücher vorlegen lassen zu können, um daraus den Ein- und Verkaufspreis zu ermitteln, ist pure abzulehnen. Und solche Pläne soll ein Finanzminister, wie Hobrecht, durchsetzen, dessen eigenste Freunde achselzuckend zugeben, daß er eine bewunderungswürdige Naivität über Finanzsachen in sein neues Amt mitbringe?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 9. April. Dem Reichstag ging heute Seitens des Bundesraths der die Einführung des Tabaksmonopols vorbereitende Gesetzentwurf, betreffend statistische Erhebungen über den Tabakshandel und die Tabaksfabrikation, zu. Der Gesetzentwurf, betreffend Zuwiderhandlungen gegen das zur Abwehr der Rinderpest erlassene Vieheinfuhrverbot, wurde in zweiter Lesung nach längerer Debatte unter Annahme mehrerer, die Strafbestimmungen wesentlich mildernder Amendements erledigt. Zwei Berichte der Reichsschuldenkommission wurden der Reichsrechnungskommission überwiesen. Es folgte die Berathung von Petitionen. Der Reichstag berieth schließlich den Antrag des Abg. Dr. Hirsch auf Abänderung des Haftpflicht-Gesetzes durch Ausdehnung desselben auf alle mit Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbundenen Gewerbebetriebe und durch anderweitige Regelung der Bestimmungen, welche die Last des Beweises für die Verschuldung eines Unfalls behufs zweckmäßigeren Schutzes der Beschädigten den Inhabern eines Gewerbebetriebes zuschieben sollen. Bei Berathung der zu dem Antrag gestellten Amendements, an welcher sich die Abgg. v. Hertling (ultramontan), Stumm (freikons.), Kappell (Sozialdemokrat) und Lasker betheiligten, wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Wien, 9. April. Die „Abendpost" sagt in Bezug auf den jetzigen Stand der orientalischen Frage: Durch die gestrigen Erklärungen der englischen Regierung im Parlamente scheinen die Chancen für den Zusammentritt des Congresses wieder in den Hintergrund gedrängt zu sein. Der Schwerpunkt der nächsten Entscheidungen ist nach wie vor in Petersburg, das heißt in der Stellung, welche die russische Regierung gegenüber den Forderungen Englands einzunehmen gewillt ist.

Locales und Sächsisches.

— Prinz **Alexander** von Sachsen-Weimar, der sich seit einiger Zeit in Berlin aufhielt, ist von dort hier eingetroffen.

— Dem Kirchenschullehrer und Cantor Friedrich Gottlieb **Valtin** in Stratzberg ist das Verdienstkreuz verliehen worden.

— Da keine Aussicht auf Genesung des bisherigen königl. **Oberstallmeister** Senfft von Pilsach vorhanden, ist sein Amt dem Herrn Generalmajor **Krug von Nidda**, General-Adjutanten Sr. M. des Königs, mitübertragen worden.

— J. M. die Königin hat auch die Prüfungen der **katholischen Hauptschule** besucht, und zwar hatte die 3. Klasse am Montag und am Dienstag die 1. Mädchenklasse die hohe Ehre. Auch der hochw. Hr. Bischof Bernert und Hr. Schulrath Berthelt beehrten die Prüfungen an beiden Tagen mit ihrer Gegenwart. Ueber die Leistungen der Schüler, speciell über die Nadelarbeiten der Schülerinnen sprach sich J. Majestät anerkennend aus.

— Anstatt der bisherigen Bezeichnung als „Obersteuereinnehmer" wird nach neuerlichem Rathsbeschluß der erste Beamte der Stadtsteuer-Einnahme: „**Stadtsteuer-Inspektor**" genannt.

— Die **Parochialabgaben** für dieses Jahr werden in der Kreuzkirchen-, Frauenkirchen- und Johanneskirchenparochie wie im Vorjahre mit 3 Pfg. von 100 Mark Grundwerth und 1 bez. ½ und ⅓ Pfg. von 1 Mark der Mieth- und Pachtzinsen erhoben.

— In der hiesigen kgl. Amtshauptmannschaft hat das diesjährige Musterungsgeschäft ein nicht eben günstiges Resultat gebracht. Im Aushebungsbezirk Tharandt wurden von 653 Gestellungspflichtigen 110 für dauernd untauglich befunden, 322 wegen zeitiger Unbrauchbarkeit zurückgestellt und nur 96 als tauglich erkannt; 93 wurden zur Ersatzreserve 1. Classe, 32 zur Ersatz-Reserve 2. Classe eingestellt. Der Aushebungsbezirk Dresden-Land stellte 1724 Mann, von denen 296 tauglich, 330 dauernd untauglich und 822 zur Zeit untauglich waren; 206 wurden zur Ersatzreserve 1. Classe und 120 zur Ersatzreserve 2. Classe eingestellt.

— Bei Ertheilung von Prädikaten — falls die damit Belehnten nicht Staatsdiener oder sonst im öffentlichen Amte stehende Personen sind — ist in Sachsen wie in allen Bundesstaaten bekanntlich Stempelsteuer zu zahlen. Dieselbe ist nicht unbedeutend und unterliegt folgender Scala: Für ein Prädikat der ersten Klasse der Hofrangordnung 1500 Mark, der zweiten Klasse 900 Mark, der dritten Klasse 600 M., der vierten 450 M. und der fünften Klasse 300 M., dagegen brauchen bei einem Prädikat ohne Hofrangordnung nur 100 M. Stempel erlegt zu werden. Bei Ernennung in den einfachen Adelstand sind 500 M., in den Freiherrnstand 1000 M., in den Grafenstand 2000 M. und in den Fürstenstand 5000 M. Stempelgebühr zu entrichten.

— Daß die Jahrmärkte innerhalb Dresdens immer mehr den in den letzten Zeiten so außerordentlich lebhaft gewordenen Verkehr stören und überhaupt auch sich mehr und mehr verüberflüssigt haben, ward vielfach erörtert und auch das Stadtverordneten-Collegium hielt mindestens eine Verminderung der hiesigen Jahrmärkte für zeitentsprechend. Der Antrag des Collegiums, nur jährlich zwei Jahrmärkte abhalten zu lassen, ist im Schooße des Rathes und zwar vor dem Ausschuß für Markt- und Gewerbewesen berathen worden; dieser Ausschuß fand jedoch, daß dies in Rücksicht auf die gegenwärtigen für Handel und Gewerbe ungünstigen Zeitverhältnisse bis auf Weiteres zu beanstanden sei. Dabei hat sich das Rathsplenum beruhigt. Dagegen hat derselbe Ausschuß einen Antrag der Marktfieranten des Antonsplatzes befürwortet, der dahin geht, daß denjenigen dortigen Händlern, die mit Obst-, Garten- und Feldfrüchten feilhalten, gestattet werde, auch über die Wochenmarktsschlußstunde, Nachmittags 2 Uhr, hinaus zu verkaufen, da eine anderweite Unterbringung der in der Regel in großen Quantitäten auf dem Antonsplatze aufgehäuften bezeichneten Waaren mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Der Stadtrath beschließt, dem Antrage zu willfahren und dies ausnahmsweise deshalb zu thun, weil auf dem Antonsplatze — entgegengesetzt den anderen Marktplätzen — Fahrverkehr nicht existirt.

— Bezüglich der wiederholt aufgestellten Behauptung, die **Nothlage** in den Wiederbitritten des sächsischen **Voigtlandes** sei mit dadurch befördert worden, daß die Intendantur der kgl. sächs. Armee den dortigen Webern die Lieferungen für das Montirungsdepot entzogen habe, bemerkt das „Dr. Journ.", daß Lieferungen von Leinwand — um die es sich nur handeln kann — aus dem Voigtlande an das genannte Depot niemals effectuirt, auch Offerten von dort nie gemacht worden sind. Das Voigtland hat in der Hauptsache nur Baumwollenwaarenfabrik.

— Die letzte Hauptversammlung des **Gewerbevereins** in diesem Winterhalbjahre war der Jahresschlußfeier der Gewerbeschule des Vereins gewidmet. Die Feier wurde mit der von der Wannsfeld'schen Kapelle vorgetragenen Jubel-Ouverture von C. M. v. Weber und einem Hymnus von Mehul eröffnet. Letzterer wurde von einem hiesigen vortrefflich geschulten Gesangverein recht erhebend gesungen. Hierauf hielt Herr Director Clauß einen kurzen Vortrag über den Maschinenkönig Richard Hartmann. Er zeigte an diesem Lebensbilde, das er mit kurzen kräftigen Strichen entwarf, wie Fleiß, Ausdauer, Thatkraft, Umsicht und Vorsicht die unabweislichen Vorbedingungen gewerblicher Größe sind. Es folgte ein Gesang von Methfessel (O Sachsenland, mein Vaterland), woran sich eine Ansprache des Herrn Vorstandes Walter schloß. Derselbe zog zunächst einen Vergleich zwischen den Hilfsmitteln, auf welche die jungen Gewerbtreibenden zu ihrer Fortbildung früher angewiesen waren und denen, welche ihnen heutzutage zu Gebote stehen. Er ermahnte die jungen Leute zu weiser Sparsamkeit und warnte sie vor der Genußsucht, die in gegenwärtiger Zeit leider viele Existenzen untergräbt. Er theilte sodann die Belobigungen und Ehrenzeichen, welche den fleißigen Schülern der Gewerbeschule vom Lehrer-Collegium der Anstalt zugesprochen worden waren, an die einzelnen Schüler aus. Mündliche Belobigungen erhielten 62, schriftliche Belobigungen 39 Schüler. Die broncene Medaille wurde den Schülern Adolph Beuhne und Moritz Müller, die silberne Medaille (die höchste Auszeichnung) die Schüler Bernhard Blauert und Paul Liebers. Zwei Schüler sprachen nach Beendigung der Preisvertheilung Namens ihrer Kollegen dem Gewerbevereine den Dank für die der Schule gewährte Unterstützung und Förderung aus und leisteten das Versprechen, in dem vom Direktor und Herrn Walter angegebenen Sinne wirken und so dem Vereine und ihren Lehrern Ehre machen zu wollen. Nach dem Schlußwort des Direktors stimmte die überaus zahlreiche Versammlung das Lied an „Nun danket Alle Gott", welches in dem großen Saale und unter Begleitung des vollen Orchesters von mächtiger Wirkung war. Damit schloß die schöne Feier.

— Ueber den **Lotterie-Collecteuren** schwebt ein eigener Unstern. Nachdem sich kaum der Untercollecteur David Wallerstein durch Selbstentleibung den Nachforschungen über den Befund seiner Lotteriekasse entzogen, ist jetzt der Hauptcollecteur Stadtrath Brückner in Roßwein, der in die Katastrophe des dortigen Vorschußvereins verwickelt und einstweilen verhaftet ist, von der Leipziger Lotterie-Direction seiner Hauptcollection enthoben worden. Diese Umstände und die sonstige üble Geschäftslage haben die übrigen Hauptcollecteure veranlaßt, den Untercollecteuren statt eines Credits von zwei Ziehungsklassen jetzt nur noch den von einer einzigen zu gewähren.

— Der junge Bankier Louis Wallerstein, welcher nach dem Tode seines Vaters David Wallerstein von hier **verschwand**, soll in **München** festgenommen worden sein.

— Als ein Zeichen der jetzigen **vertrauensloses Zeit** möge folgende Zuschrift eines der Red. d. Bl. bekannten braven Mannes zum Abdruck gelangen: „Findet sich nicht unter den vielen Tausenden Lesern der „Dresdner Nachrichten" eine edle Seele, die einen fleißigen, strebsamen Mann durch Darleihung einer zweiten Hypothek von 8000 Thlrn. auf ein vorzüglich fundirtes Hausgrundstück in Dresden vor dem zweifellosen Ruin rettet? Das betreffende Gebäude ist vollständig vermiethet, verzinst sich auf nahezu 40,000 Thlr. und ist mit 27,000 Thlr. in die Landesbrandkasse aufgenommen. Dasselbe ist in erster Hypothek mit 16,000 Thlrn. belastet, und alle menschenmöglichen Versuche, eine zweite Hypothek in der erwähnten Höhe zu erlangen, sind infolge der obwaltenden finanziellen Krisis ohne jeden Erfolg geblieben. Suchender, der täglich seiner Beschäftigung als Bauhandwerker nachgeht, verwandte beim Bau des Hauses im vorigen Jahre sein und seiner, der Entbindung nahestehenden Frau in einem langen Zeitraum mühsam ersparteß kleines Kapital bis auf den letzten Rest und wenn sich kein edler Helfer naht, ist Alles, Alles verloren, da dann das Ergebniß einer hereinbrechenden nothwendigen Subhastation bei der gegenwärtigen Krisis kaum zur Befriedigung der Gläubiger ausreichen